



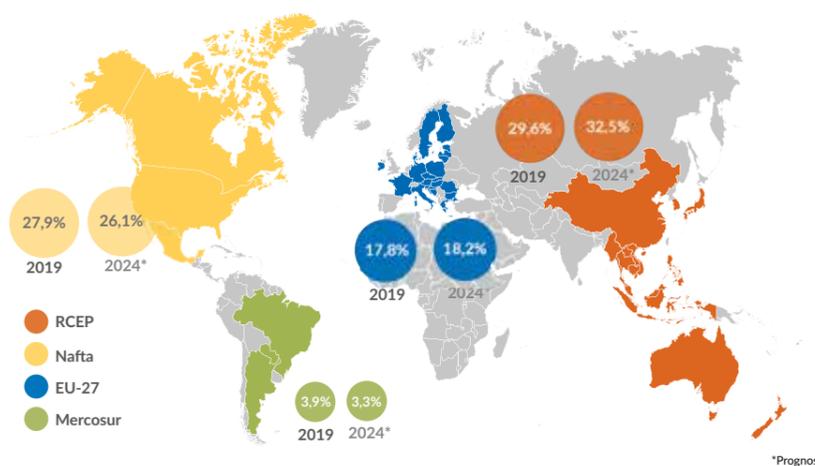
Warum Österreich Vorreiter für Freihandel sein sollte

Ein neues asiatisch-pazifisches Handelsabkommen zeigt die Dringlichkeit für eine aktive österreichische und EU-Handelspolitik.*

Obwohl Arbeitsplätze und Wohlstand in Österreich maßgeblich vom Erfolg der Exportwirtschaft abhängen, trommelt eine weltfremde Allianz aus NGOs und Populisten gegen Freihandel – und blendet dessen positive Wirkung für die Menschen aus. Derzeit entsteht in der dynamischsten Wirtschaftsregion der Erde durch das RCEP-Abkommen gemessen an der Einwohnerzahl die weltweit größte Freihandelszone. Im Asien-Pazifik-Raum werden 2,2 Mrd. Menschen in 15 Staaten von den Vorteilen profitieren, die eine stärkere wirtschaftliche Integration bringt: mehr Produktvielfalt, niedrigere Konsumentenpreise, höheres Einkommensniveau und politische Stabilität.

Wichtige Freihandelszonen der Welt

Ausgewählte Freihandelszonen und ihr Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt



Wirtschaftswachstum findet zunehmend außerhalb Europas statt.

Wirtschaftswachstum findet zunehmend außerhalb Europas statt. RCEP setzt Europa unter Zugzwang, und zwar beim Wettlauf um Marktanteile sowie Standards im Sozial- und Umweltbereich wie auch bei technischen Normierungen. Für österreichische Unternehmen bringt es einen konkreten Wettbewerbsnachteil: Viele Produkte und Dienstleistungen „made in Austria“ werden in den chancenreichen Märkten der neuen Freihandelszone mit China, Australien oder weiteren Ländern Südasiens teurer als

jene ihrer Konkurrenten aus diesen Staaten. Da für Letztere der Zoll entfällt, steigt der Preisdruck auf heimische Betriebe. Wir müssen Wettbewerbsgleichheit mit anderen Regionen herstellen. In diesem Sinne sind die EU-Abkommen mit Japan, Vietnam oder Singapur wichtig – gleichzeitig benötigen wir weitere mit ASEAN-Staaten sowie China, Indien, Australien und Neuseeland. Gelingen zudem Handelsverträge mit Mercosur in Südamerika und den USA, hätte

Europa es in der Hand, den Welthandel aktiv mitzugestalten und Vorteile daraus zu ziehen.

Schulen und Spitäler durch Exporte finanziert

Ohne weitere Abkommen verliert die EU ihre bisherige Spitzenposition mit Nachteilen für jeden Einzelnen. Freihandel ist kein Selbstzweck, er schafft Zugang für heimische Unternehmen zu wichtigen

Märkten und fairen Wettbewerb. Das ist entscheidend für die Menschen in Österreich. Denn Schulen, Spitäler oder sozialer Wohnbau finanzieren sich nicht von selbst. Um die hohe Lebensqualität zu sichern, ist der Staat auf die Steuern und Abgaben der exportierenden Unternehmen und ihrer Beschäftigten angewiesen.

Bei Freihandel geht es nicht nur um Zölle und technische Normen. Wir müssen internationale Handelspolitik auch als Chance sehen, damit unsere hohen Standards, etwa im Umweltschutz oder Sozialbereich, auch in anderen Erdteilen umgesetzt werden. So könnte etwa EU-Mercosur als Hebel für Klimaschutz wirken, auch wenn es kein Allheilmittel ist. Es enthält eine klare Verpflichtung zum Pariser Klimavertrag oder zur Aufforstung des Regenwaldes. Ohne Abkommen gibt es diese Möglichkeit nicht.

KONTAKT

Michael Löwy leitet den IV-Bereich für Internationale Beziehungen und Märkte, michael.loewy@iv.at

* Der Kommentar von Michael Löwy erschien in der Tageszeitung „Die Presse“.

GASTKOMMENTAR

Der Staat übernimmt

Die Corona-Krise setzt Maßstäbe, auch der staatlichen Intervention. Doch woher wissen die Regierenden, welche Betriebe erhaltenswert, welche Innovationen zukunftsfähig sind und welche nicht?

Alle zwei Jahre analysiert die Osteuropabank den Stand des marktwirtschaftlichen Umbaus in den ihr anvertrauten Ökonomien. Die Überschriften der Berichte klingen selten euphorisch: „Better governance, better economies“ war der letzte betitelt. Davor hieß es lapidar: „Work in transition“. Doch der aktuelle Report der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat es in sich: „The state strikes back“. Die Überschrift ist trotz der Anleihe ans Kino („Das Imperium schlägt zurück“) keine Utopie. Beata Javorcik, EBRD-Chefökonomin, sagt, der Titel sei Zustandsbeschreibung und Warnung zugleich.

Zur Zustandsbeschreibung gehört, dass die Zustimmung zu staatlichem Engagement 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder steigt. In postkommunistischen Staaten halten schon wieder 45 Prozent der Befragten Staatsbeteiligungen in Wirtschaft und Industrie für lohnens- und lobenswert. Überproportional viele Leute arbeiten dort mit 24 Prozent im öffentlichen Sektor. Davon entfällt jede zweite Stelle auf staatlich gelenkte Betriebe. Im Finanzsektor sieht die EBRD Staatsbanken auf dem Vormarsch. Seit Mitte der 2000er-Jahre hätten sie in allen von der Bank betreuten Regionen, vom Mittelmeer bis nach Zentralasien, ihre Vermögenswerte fast doppelt so schnell ausgebaut wie Privatbanken.

„Der Staat kann nicht jeden und alle ‚retten‘. Das ist auch nicht seine Aufgabe. Die Gestaltung einer attraktiven Wirtschaftspolitik aber schon.“

Dass das mit Risiken verbunden ist, ist bekannt. Die EBRD erinnert an die Gefahren schlechter Unternehmensführung und Aufsicht, mangelnder Effizienz und fehlender Innovationsbereitschaft, Kreditvergabe nach politischen statt (betriebs-)wirtschaftlichen Opportunitäten und an die über allem schwebende, am Wohlstand zehrende Korruption. Neu ist, dass diese Risiken durch die Corona-Pandemie größer werden. Um die wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise abzufedern, greifen die Staaten und Notenbanken überall in die Vollen. Mit dem

Hinweis, Menschen, Firmen und Arbeitsplätze zu schützen, wird gerettet und gefördert, als gäbe es kein Morgen mehr. Auch hierzulande.

Die Überförderung beim Umsatzersatz im zweiten Lockdown liegt auf der Hand. Weshalb sonst sollten Reisebüros darum bitten, auch geschlossen zu werden? Wie viele unrentable Betriebe auf Steuerzahlers Kosten mit Ersatzfinanzierungen durch die Krise gefüttert werden, weiß niemand. Es werden aber viele sein, sehr viele. Schon denkt die Regierung darüber nach, wie sie angeschlagenen Unternehmen langfristig mit Eigenkapitalersatz zur Seite springen kann.

Dabei wäre eine Debatte über die Schattenseiten der Rettungspolitik nötig, hilfreich auch eine darüber, wie die Rahmenbedingungen für innovative, effizient wirtschaftende Unternehmen verbessert werden: regulatorisch, bürokratisch, steuerlich. Irgendwer wird ja die Schulden, selbst wenn sie noch zu äußerst günstigen Konditionen aufgenommen werden können, einmal zurückzahlen müssen. Sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, ist bisher nur dem Lügenbaron von Münchhausen gelungen.

Zur Wahrheit gehört, dass der Staat nicht jeden und alle „retten“ kann. Das ist auch nicht seine Aufgabe. Die Gestaltung einer attraktiven Wirtschaftspolitik aber schon.

Doch könnte dem über die Maße verschuldeten Staat am Ende dazu der Spielraum fehlen. Stattdessen besteht die Gefahr, dass die freizügig gebenden Regierenden später mehr Mitsprache dort verlangen, wo sie sich besser heraushalten würden. Die Warnung der EBRD vor einem (sich) übernehmenden Staat gilt längst nicht nur den Osteuropäern.



Andreas Mihm ist seit 2020 Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ für Österreich, Ostmittel-, Südosteuropa und die Türkei.

Fotos: RZ, AdobeStock

Bereit für neues Wachstum

Technologie, Digitalisierung, Exportorientierung: Das sind wichtige Schlüssel für ein starkes Comeback nach der Krise.

Dass die Industrie zu den am stärksten betroffenen Sektoren der Corona-Krise zählt, ist Tatsache. Tatsache ist aber auch, dass die Industrie selbst in extrem fordernden Zeiten ihre Stärken unter Beweis stellt: exzellentes Know-how, Innovationskraft, Flexibilität, Qualität und Kreativität. Damit sorgt die Industrie nicht nur für Versorgungssicherheit in außergewöhnlichen Zeiten, sondern auch weiterhin für Wohlstand, Lebensqualität und soziale Absicherung. Wer Produktionsbetriebe aus dem Land vertreiben will, sägt an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.

Jede Krise wirkt als Katalysator und beschleunigt Entwicklungen. Es wäre fahrlässig, jetzt nicht die Chancen wahrzunehmen, um die Weichen für den Aufschwung zu stellen (siehe Titelgeschichte auf Seite 6). Das ist auch eine Mindsetfrage. Gefragt ist der Wille zur Innovation. Und der Anspruch, in wichtigen Zukunftsbereichen zu den Besten zu gehören – bei Technologie, Digitalisierung und Exportorientierung. Dass unsere Betriebe diesen Anspruch haben, zeigt sich auch an der starken Nachfrage nach der Investitionsprämie. Sie ist übrigens auch international ein starkes Signal.

Im Mittelpunkt eines investitionsgetriebenen Aufschwungs muss eine umfassende Technologie- und Innovationsoffensive stehen. Sie ist unser Ticket in die Zukunft. Dabei geht es um moderne Produktionstechnologien, Tech for Green, Digitalisierung in der gesamten Bandbreite sowie Life Sciences. Klar muss auch sein: So kann die Industrie einen überaus entscheidenden Beitrag für einen wirksamen Klimaschutz leisten. Deutlich verstärkte

Anstrengungen in Innovation und Technologie verbessern eben sowohl die Wettbewerbssituation als auch die Klimabilanz.

Wichtig ist auch, dass wir in unternehmerischer Hinsicht weiter grenzenlos denken. Niemand soll jetzt die falschen Schlüsse ziehen, was Globalisierung betrifft. Denn gerade die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, wie wichtig der Zugang zu Märkten sowie faire Wettbewerbsbedingungen für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land sind. Protektionismus und Renationalisierung sind die falschen Antworten. Gerade für ein kleines Land wie Österreich ist es essenziell, dass Unternehmen ungehindert international aktiv sein können. Weltweiter Marktzugang durch EU-Wirtschaftsabkommen, eine stärkere WTO, die in der Lage ist, auf Regeln wirklich zu achten, oder mehr Fairness bei Investitionskontrollen sowie insgesamt faire Wettbewerbsbedingungen auf den globalen Märkten bringen uns alle weiter.

Mit dem Jahreswechsel schlagen wir ein neues Kapitel auf. Österreichs Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren sind bereit für neues Wachstum. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie alles Gute für das neue Jahr 2021!

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Die Corona-Krise ist ein Stresstest. Sie zeigt unsere Schwächen und Potenziale auf. Die Krise ist aber auch eine Gelegenheit, um strukturelle Veränderungen, wie umfassende Digitalisierung und mehr Nachhaltigkeit in allen Bereichen, durchzusetzen.“

Sabine Herlitschka
IV-Vizepräsidentin und
Infineon Österreich-Chefin



„Wir dürfen nicht den Fehler machen, dass der europäische Standort an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Dekarbonisierung braucht auch Ausgleichsmechanismen.“

Gerald Mayer
Vorstandsvorsitzender
AMAG Austria Metall AG



„Man kann nicht über Fachkräftemangel jammern und selbst nichts beitragen. Ich kann als Prämie kein Motorrad anbieten, dafür eine besondere digitalisierte Ausbildung. Wir setzen stark auf Digitalisierung.“

Andreas Klauer
CEO Palfinger AG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 11. Dezember war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Industrie sorgt für Sicherheit und Schutz ihrer Beschäftigten

Unternehmen der österreichischen Industrie sind bei COVID-Testungen Vorreiter. Das zeigt eine IV-Umfrage von Ende November. So ermöglichte und finanzierte bisher mehr als jeder zweite Betrieb (54%) seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern COVID-19-Testungen – entweder im Betrieb, im Labor oder bei anderen Anbietern. Fast jeder dritte Beschäftigte (31%) in der Industrie wurde freiwillig getestet – das

sind beinahe 315.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 1,02 Mio. Arbeitskräfte in den heimischen Produktionsbetrieben. Im Durchschnitt hat ein Industrieunternehmen bisher mehr als 20.000 Euro für die Testungen des Personals bezahlt. Damit hat die österreichische Industrie insgesamt schon mehr als 50 Mio. Euro aufgewendet, um die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu testen.

ZAHL DES MONATS

2.500

Österreichs Industrie steht seit Jahrzehnten maßgeblich für Innovation und Technologie und produziert heute umweltfreundlicher denn je. Nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO₂-Emissionen produziert und auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark in puncto Nachhaltigkeit. Insgesamt arbeiten in Österreich rund 2.500 Unternehmen, die sich mit Umwelttechnologien beschäftigen und diese auch exportieren. Österreichs Industrie ist beim Klimaschutz ein Teil der Lösung, sie will mitwirken – wenn man sie lässt.



CORONA-TESTS IN DER INDUSTRIE



Jeder Fördereuro muss ein Maximum an Ökostrom generieren



Erst teilweise umgesetzt wurde das für 2020 angekündigte Erneuerbaren Ausbau Gesetz. Die Industrie plädiert dafür, Planungssicherheit und Kosteneffizienz in den Mittelpunkt zu stellen.

Im Gegensatz zum ursprünglichen Plan wird das Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) erst 2021 umgesetzt. Einerseits hat die Europäische Kommission Bedenken angemeldet, weil offen ist, ob das vorgesehene Fördermodell für Ökostrom EU-konform ist. Andererseits, weil das „Gaspaket“ noch ausständig ist.



Was wurde bisher umgesetzt? Aus dem EAG-Begutachtungspaket herausgelöst und im Parlament bereits vorgezogen wurden Neuregelungen der Netzreserve im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG). Das soll den gesicherten Weiterbetrieb von relevanten Kraftwerken ermöglichen und die Netzstabilität im österreichischen Stromnetz und damit die Versorgungssicherheit aufrechterhalten.

Zudem steht die Teilnahme an der Netzreserve neben inländischen und europäischen Erzeugungsanlagen künftig großen Endverbrauchern, z.B. Industriebetrieben, offen. Diese können den Energiebedarf ihrer Verbrauchsanlagen temporär reduzieren oder verlagern.

Wo kann das Gesetz Verbesserungen bringen? Grundsätzlich sinnvoll ist aus Sicht der Industrie der Umstieg vom kostenbasierten zum wettbewerblichen Zuteilungsverfahren. Ebenso positiv bewertet die IV die neuen Möglichkeiten der Beteiligung der Industrie. Allerdings werden diese in der Praxis noch durch einige Hürden erschwert.

Breite Akzeptanz für die Energiewende schaffen
Generell muss das neue System Planungssicherheit für Erzeuger sowie Kosteneffizienz

im Fördersystem und eine Begrenzung der Gesamtkosten bringen. Das sind für die IV zentrale Hebel, um eine breite Akzeptanz für die Energiewende zu schaffen. Letztlich

bringt das auch Planungssicherheit für die Technologieanbieter und einspeisende Unternehmen. Daher muss der Fokus auf die Förderung der innovativsten, effizientesten und netzschonendsten Technologien gerichtet werden. Die einfache Formel lautet: Jeder Fördereuro muss ein Maximum an Ökostrom generieren. In diesem Sinne kritisiert die IV die unzureichende Umstellung auf ein wettbewerbsorientiertes Fördermodell. Tatsächlich finden sich im Begutachtungsentwurf nur punktuell wettbewerbliche Ausschreibungen und auch diese nur technologiespezifisch – entgegen den unionsrechtlichen Grundsätzen des Ausschreibungsprimats und der Technologieneutralität.

Anreize für Kosteneffizienz soll auch die Deckelung des Unterstützungsvolumens von einer Milliarde Euro im dreijährigen Mittel bringen. Diese Obergrenze ist wichtig und darf nicht zahnlos bleiben. Eine Überschreitung sollte nicht direkt von den Stromkunden und damit der Industrie bezahlt werden, sondern vielmehr über das allgemeine Budget erfolgen. Bereits im Vorfeld – wenn sich eine Überschreitung abzeichnet – sollte zudem zwingend der Rechnungshof eingebunden werden, um ineffiziente Mittelverwendungen aufzuzeigen. Auch im Hinblick auf den noch nicht vorliegenden EAG-Teil, der die Umstellung auf Grünes Gas regeln soll, muss die langfristige Kosteneffizienz handlungsleitend für das Design des Unterstützungsmechanismus sein.

IV-AUFRUF



Laptops und Tablets weiter benötigt

Trotz einer Anschaffungsinitiative im Schulbereich mangelt es einigen Kindern und Jugendlichen auch in den aktuellen Distance Learning-Phasen an digitalen Endgeräten. Für funktionstüchtige, nicht mehr benötigte Laptops und Tablets ruft die IV daher erneut zu Gerätespenden auf und verweist beispielsweise auf folgende Initiativen:

Springboard:
([springboard.wien](mailto:springboard.wien@odietrich.lukoil.at), odietrich@lukoil.at, a.schwendner@stantonchase.com)
Initiative von Bildungsministerium und Innovationsstiftung Bildung:
weiterlernen.at/hardware

IV-UPDATE

Verschärfung des Klimaziels erfordert Absicherung der Industrie

Die Industrie bewertet die Verschärfung des EU2030-Klimaschutzziels kritisch. Denn es wurde nicht geklärt, dass der bestehende Carbon Leakage-Schutz für die produzierende energieintensive Industrie auch in Zukunft abgesichert bleibt. Daher plädiert die IV dafür, dass die neuen EU-Instrumente, wie der Just Transition Fund, die Unternehmen bei der Energiewende ausreichend unterstützen. Zudem muss der weiterhin notwendige Carbon Leakage-Schutz mittels Freizuteilung Teil der gesamten Schutzformel für die europäische energieintensive Industrie bleiben. Darüber hinaus benötigt es ausreichende Förderungen, um die massiven Investitionsanforderungen im Industriebereich stemmen zu können, u.a. mittels eines zielgerechten Einsatzes des österreichischen Anteils des Wiederaufbaufonds. Umfassender Carbon Leakage Schutz und ausreichende Finanzierungen sind notwendig, damit

die österreichischen Unternehmen weiterhin Vorreiter in Sachen Klimaschutz bleiben können. Denn: Nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO₂-Emissionen produziert als in Österreich und auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark bei Nachhaltigkeit.

Um das weiterhin zu gewährleisten, setzt sich die IV für die Unterstützung der Bundesregierung ein, wenn es 2021 um die konkrete Umsetzung des verschärften 2030-Klimaziels geht. Dann stehen wegweisende Legislativ-Dossiers im Bereich der Klima- und Energiepolitik auf der Agenda. Dies betrifft insbesondere die angekündigte Reform des EU-ETS-Emissionshandels, die Revision der Erneuerbaren- und Energieeffizienz-Richtlinien sowie eine umfassende Überarbeitung des EU-Legislativrahmens im Gas- & Energieinfrastrukturbereich.

Wieso Österreich einen „MINT-Push“ braucht

Wie der Innovationsnachwuchs in Österreich gesichert werden kann, bleibt auch nach Corona eine große Herausforderung für die Industrie. Das zeigt eine aktuelle Studie.

Schon heute sind mehr als zwei Drittel des gesamten Industriepersonals dem MINT-Bereich zuzurechnen, der sich aus Technik und Produktion (inklusive IT) sowie Forschung und Entwicklung zusammensetzt. Eine ausreichende Zahl an Qualifizierten in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) ist damit „lebenswichtig“ für die moderne Industrie. Aktuelle Studien der IV belegen dies mit Zahlen eindrucksvoll. Die wesentlichen Eckdaten auf einen Blick:

- 3 von 4 Industrieunternehmen hatten vor der COVID-Pandemie Personalprobleme bei Hochqualifizierten im MINT-Bereich; in Summe blieb jede 7. hochqualifizierte MINT-Stelle im produzierenden Bereich unbesetzt.
- Die COVID-Pandemie führt zu keiner Entspannung, was den Anteil der Unternehmen mit MINT-Personalproblemen betrifft. Lediglich die Intensität dieser Personalprobleme hat etwas nachgelassen.
- Höhere technische Ausbildungen aus HTL, FH und Uni werden von der Industrie auch nach COVID am stärksten nachgefragt sein.



- Eindeutige „COVID-Gewinner“ sind Qualifikationen aus dem Bereich Digitalisierung und Industrie 4.0, gleichzeitig werden dort zunehmende Personalprobleme erwartet.

Die Ergebnisse bestätigen die Empfehlungen der Industrie, eine gesamtstaatliche Zielsetzung von +20 Prozent mehr MINT-Graduierten aus HTL, FH und Unis

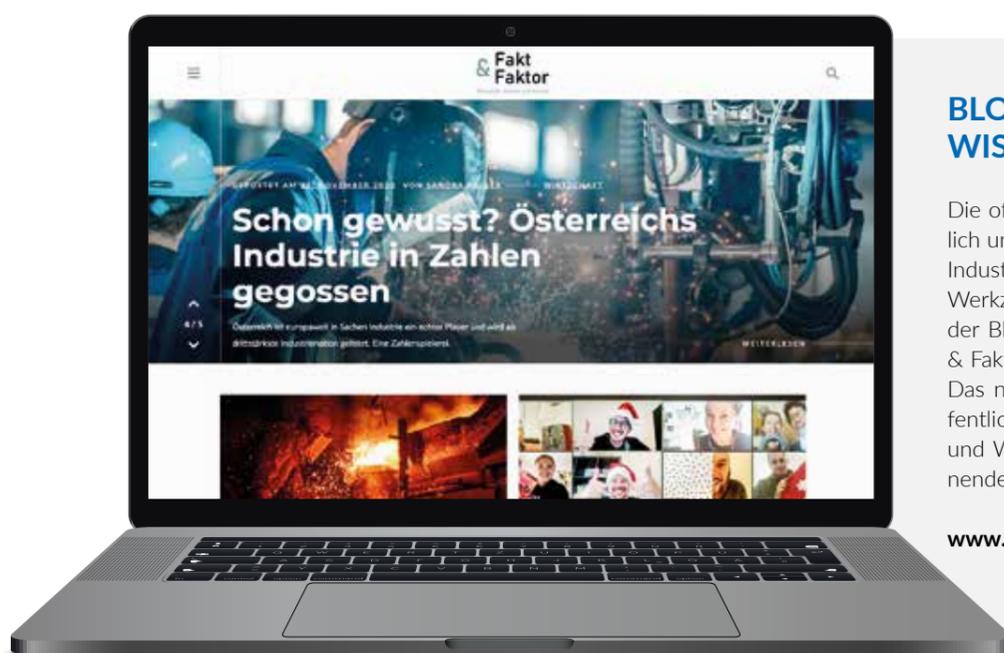
festzuschreiben. Dazu muss ein echter „MINT-Push“ ausgelöst werden, der Technikaffinität in der Bevölkerung fördert sowie Kindern und Jugendlichen einen begeisterten Einstieg in die Welt der Naturwissenschaften und Technik ermöglicht. Die IV setzt hierfür die Initiative „MINT-Gütesiegel“ für Kindergärten und Schulen verstärkt fort und hat mit dem Bildungsministerium



WEBTIPP

MINT-Factsheet 2020 – Die Bedeutung des Innovationsnachwuchses für die Industrie steht zum Download auf www.iv.at zur Verfügung. Informationen zum „MINT-Gütesiegel“ finden Sie unter: www.mintschule.at

die 5. Ausschreibung gestartet. Gleichzeitig fordert die IV die Einrichtung von „MINT-Regionen“, um flächendeckend mehr MINT-Spirit in Österreich zu verankern.



BLOG RUND UM WIRTSCHAFT, WISSEN UND WANDEL GESTARTET

Die oft unnahbar wirkende Welt der Industrie der breiten Zivilgesellschaft verständlich und nachvollziehbar näherzubringen, ist seit langem ein besonderes Anliegen der Industriellenvereinigung – moderne Kommunikationskanäle sind hierfür das ideale Werkzeug. Aus diesem Grund ist seit Dezember der Blog der Industriellenvereinigung online: „Fakt & Faktor – Blog für Wirtschaft, Wissen & Wandel“. Das neue digitale Magazin spricht eine breite Öffentlichkeit an und vermittelt die Welt der Industrie und Wirtschaft auf moderne, attraktive und spannende Weise.

www.faktundfaktor.at



Finaler Startschuss für das neue EU-Forschungsrahmenprogramm erfolgt

Mit insgesamt 95 Mrd. Euro erhält Horizon Europe das historisch größte Budget.

Das Budget für Horizon Europe beläuft sich auf 95,5 Mrd. Euro (in laufenden Preisen) für 2021 bis 2027. Darin enthalten sind rund 10 Mrd. Euro, die aus der kürzlich verhandelten Aufstockung und aus dem Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ stammen sollen. Damit konnte eine 30-prozentige Steigerung im Vergleich zum Vorläuferprogramm Horizon2020 erreicht werden. Auch die Industriellenvereinigung und der europäische Arbeitgeberverband BusinessEurope hatten sich im Vorfeld

intensiv für eine Stärkung mit Fokus auf die 2. Säule des Programms „Global Challenges & European Industrial Competitiveness“ eingesetzt. Auf diesen für die Industrie so wichtigen Programmteil entfallen nun 56 Prozent bzw. 53,5 Mrd. Euro des Gesamtbudgets.

Klimapolitische und digitale Transformation durch Stärkung der 2. Säule

Sehr wichtig ist, dass auch die 2. Säule mit +6,3 Mrd. Euro bzw. um 64 Prozent der zuletzt aufgestockten Mittel noch gestärkt wurde. Insbesondere die für Österreich

wichtigen Themencluster „Digital, Industry & Space“ und „Climate, Energy & Mobility“ erhalten +3,6 Mrd. Euro, das sind 36 Prozent der zuletzt aufgestockten Mittel.

Damit können ganz gezielt F&E-Kooperationen (Wissenschaft und Wirtschaft) forciert werden, vor allem in Österreichs Stärkefeldern Informations- und Kommunikationstechnologien, Mobilität und Energie, aber auch in Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Zudem kann dadurch ein wichtiger Beitrag zur geplanten klimapolitischen

und digitalen Transformation in Europa geliefert werden.

Das EU-Forschungsrahmenprogramm hat für die Industrie hohe strategische Bedeutung und bildet einen wesentlichen Eckpfeiler zur Stärkung des F&E- und Innovationssystems in Österreich. Die Fortsetzung der erfolgreichen Teilnahme bedeutet Technologiekompetenz nachhaltig in Europa zu positionieren und auszubauen ebenso wie Wertschöpfungsketten und damit Wohlstand und Beschäftigung in Österreich zu festigen.

DIE WICHTIGSTEN LEHREN AUS DER CORONA-KRISE

1. Erfolgreiche Globalisierung und Exportorientierung braucht uneingeschränkte Marktzugänge sowie einen funktionierenden internationalen Berufsverkehr.
2. Forschung, Entwicklung und Innovation lösen – etwa in Form eines Corona-Impfstoffs – die großen Probleme unserer Zeit. Die Stärkung von Technologiekompetenz in strategisch wichtigen Bereichen erhöht die Krisenfestigkeit.
3. F&E-aktive Unternehmen können selbst in Krisenzeiten wachsen – sie sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft.
4. Für erfolgreiche gesamtstaatliche Zusammenarbeit sind klare Strukturen und Kompetenzen notwendig – und daher eine Föderalismus-Reform.
5. Sozialpartnerschaftliches Miteinander in der Krise ist wichtig, Abtauschen auf Kosten Dritter hinter verschlossenen Türen ist es nicht.
6. Digitalisierung ermöglicht den Erhalt der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit.
7. Digitale Skills sowie höhere Aus- und insbesondere Weiterbildung im Bereich Industrie 4.0 gewinnen enorm an Bedeutung.
8. Rechtssicherheit ist gerade auch in Krisenzeiten unverzichtbar – zum Beispiel für virtuelle Hauptversammlungen.
9. Ein moderner Rechtsrahmen dient als Boost für österreichische Schlüsselindustrien, etwa beim verstärkten Schutz von geistigem Eigentum.
10. Versorgungssicherheit braucht zukunftsfeste Infrastruktur, wie z.B. in der Strom- und Kommunikationsversorgung.

Bremsen lösen für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg

2021 verspricht einen historischen Aufschwung für den Standort. Wie die richtigen Weichen dafür gestellt werden sollten, zeigt eine Industriestrategie der Industriellenvereinigung.

Der Ausblick ins Jahr 2021 fällt aus Sicht der IV-Ökonomen vielversprechend aus: Sie erwarten das größte Wachstum seit mindestens 20 Jahren, im Idealfall seit 40 Jahren. Und das aus drei Gründen: Die Exporte werden wieder verstärkt zurückkehren. Denn die Märkte werden physisch besser erreicht werden können als in diesem Jahr – das erhöht die Konjunkturdynamik. Zudem wird sich die Sparquote – sie liegt aktuell krisenbedingt bei 14 Prozent statt normal 7 – wieder normalisieren. Selbst wenn sie auf 10 Prozent sinkt, wird das einen Konsum-Boom auslösen. Und schließlich zeigt die von der IV empfohlene Investitionsprämie kräftige Wirkung. Die mittlerweile auf 3 Milliarden Euro erhöhte Prämie löste bisher ein Investitionsvolumen von 22 Mrd. Euro aus. Auch geopolitische Unsicherheiten dürften 2021 abnehmen: Mehr Berechenbarkeit durch die neue US-Administration und Klarheit über den Brexit reduzieren wirtschaftliche Unsicherheit. IV-Chefökonom Christian Helmenstein rechnet derzeit für 2021 – wenn Corona-Impfungen wie prognostiziert wirken – mit einem BIP-Wachstum von +5,1 Prozent. Zur Erinnerung: Bereits bei der Prognose des Wirtschaftswachstums für 2020 im April (-7,5 bis -8 Prozent) waren die IV-Experten nicht im Prognose-Mainstream, aber richtig gelegen.

Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Wenn wir das Jahr des Aufschwungs 2021 und die Folgejahre optimal nutzen wollen, müssen wir jetzt alle Hebel Richtung Wachstum stellen.“ Die Industriellenvereinigung hat dafür in einem breiten Prozess unter Einbeziehung aller IV-Ausschüsse und Landesorganisationen nicht nur die wichtigsten „Learnings“ aus der Corona-Krise dokumentiert (siehe Kasten), sondern auch eine konkrete Agenda mit kurzfristigen Maßnahmen für 2021 entwickelt. In den IV-Ausschüssen engagieren sich mehr als 1.000 IV-Mitglieder. Mit dem Know-how aus der betrieblichen Praxis haben IV-Experten 10 Lehren aus der Krise gezogen und daraus kurzfristige Maßnahmen abgeleitet, die im 1. Quartal 2021 angegangen werden müssen. Nachfolgend die wichtigsten Punkte der Industriestrategie auf einen Blick:

Effizienter Staat, keine neuen Belastungen

Nach der Krise ist ein aktives Zurücknehmen des aktuell sehr stark regulierenden Staates

notwendig, der während der Krise alle individuellen Lebensbereiche der Österreicherinnen und Österreicher durchdrungen hat. „Die Kräfte der Marktwirtschaft sollen wieder wirken können“, sagt IV-Präsident Knill. Der Schuldenabbau soll ausschließlich durch Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, aber keinesfalls durch neue Belastungen und Steuern erfolgen. Zeitlich befristete Maßnahmen, wie der Verlustrücktrag oder die Investitionsprämie, sollen im Dauerrecht verankert werden. Entbürokratisierung und weniger Regulierung, etwa im Arbeitsrecht, müssen forciert werden.

„Wenn wir das Jahr des Aufschwungs 2021 und die Folgejahre optimal nutzen wollen, müssen wir jetzt alle Hebel Richtung Wachstum stellen.“

Georg Knill
IV-Präsident

Sinnvolle Klima- und Infrastrukturpolitik

Belastungen für die Industrie sollen auch im Hinblick auf Energiepreise vermieden werden, fordert die IV. „Die europäische Klimazieldiskussion muss um Standortaspekte massiv ergänzt werden“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Das geplante Gesetz zum Ausbau erneuerbarer Energien ist sinnvoll zu gestalten, bei der Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes darf es kein Gold Plating geben (siehe Bericht auf Seite 4). Erhalt und Ausbau kritischer Infrastruktur sowie strategischer Industrien, etwa in Energie und Telekommunikation, sind ebenso zentrale Anliegen der Industriestrategie.

Digitalisierung offensiv nutzen

Der Digitalisierungsturbo durch die Corona-Krise soll strategisch genutzt werden. Die IV fordert daher einen Digitalisierungs-Schwer-

punkt für den Wiederaufschwung. Auch das Thema Cybersecurity muss im Interesse des Standortes forciert werden. Entsprechende Skills sollen im Bildungssystem bestmöglich verankert werden, etwa in einem Schwerpunkt des HTL-Angebots zu Cybersecurity. Neumayer: „Die Digi-Uni Linz soll als internationales Leuchtturmprojekt rasch umgesetzt werden. Synergien mit anderen Hochschulen müssen effizient genutzt werden.“ Um passgenaue Qualifikationen für Industrie 4.0 in den Regionen zu sichern, sollen neue Formen der betrieblichen Weiterbildung an formalen Bildungseinrichtungen etabliert werden.

Qualifizierung und Fachkräfte sichern

Mit dem Aufschwung wird sich in vielen Branchen der Fachkräftemangel wieder zuspitzen – trotz Arbeitslosigkeit. Die IV fordert daher rasche, unbürokratische Jobangebote und eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Dafür soll es einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kinderbetreuung ab dem 2. Geburtstag ab 2023 und ab dem 1. Geburtstag ab 2025 geben. Die Mobilität von Lehrlingen am Arbeitsmarkt soll u.a. mit regionalen Lehrlings-Hubs erhöht werden. Weiteres IV-Anliegen: Es soll eine Angebotsoffensive der bestehenden Bildungseinrichtungen für umfassende Weiterbildung, Neu- und Lebenslanges Lernen starten. Dafür sollen auch Online-Portale genutzt werden.

Innovationen und Investitionen stärken

Die Investitionstätigkeit der heimischen Betriebe ist der Schlüssel für einen nachhaltigen Aufschwung. IV-Präsident Georg Knill: „Das Erfolgsmodell Investitionsprämie soll auch weiterhin Klimainnovationen zusätzlich forcieren, z.B. bis zu 35 Prozent.“ Zudem wichtig: Für den Wiederaufschwung soll ein FTI-Schwerpunkt gesetzt werden. „Jetzt gilt es, die richtigen Weichen zu stellen. Es bedarf daher einer raschen Budgetzusage von Seiten der österreichischen Politik.“

Österreichischen Kapitalmarkt in Schwung bringen

Wichtigen Rückenwind für den Aufschwung ab 2021 kann auch der Kapitalmarkt bieten, wenn man etwa die Kapitalmarktregulierung entstaubt. Die IV fordert u.a. die Wiedereinführung der Behaltfrist für die Kapitalertragsteuer sowie die Vereinfachung des Steuerrechts und der Lohnverrechnung. Kapitalgesellschaften sollen attraktiviert und Eigenkapital gestärkt werden. Die Finan-

„Die europäische Klimazieldiskussion muss um Standortaspekte massiv ergänzt werden.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

zierungspalette für Unternehmen soll verbreitert, die vorbörslichen Finanzierungen verbessert werden, heißt es in der Industriestrategie der IV.

Wie geht es weiter? In den kommenden Monaten wird die derzeit auf kurzfristige Ef-

fekte ausgerichtete Strategie sukzessive um mittel- und langfristige Weichenstellungen ergänzt. Die Strategie wird dann das Gerüst für die IV-Arbeit in den kommenden Monaten und Jahren bilden.

Fazit von IV-Präsident Georg Knill: „Nur mit nachhaltigem Wachstum können wir die Corona-Wirtschaftskrise überwinden. Die produzierenden Unternehmen stehen im engeren Sinn für rund eine Million Arbeitsplätze und rund 30 Prozent der Wirtschaftsleistung. Wir können einen entscheidenden Beitrag für den Wiederaufstieg leisten – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die von uns präsentierten Maßnahmen haben einen großen Vorteil: Sie können rasch umgesetzt werden und wirken kurzfristig. Genau das brauchen wir jetzt, damit 2021 das Jahr des großen Aufschwungs für Industrie und Standort werden kann. Davon würden alle Menschen im Land nachhaltig profitieren.“

KURZFRISTIGE MASSNAHMEN DER IV-INDUSTRIESTRATEGIE FÜR DAS 1. QUARTAL 2021

DEN STAAT EFFEKTIV UND EFFIZIENT MACHEN: Mittels (Wieder-)Stärken der Eigenverantwortung durch den Abbau von Regulierung. (Konkret muss Überregulierung bei „Working from home“ vermieden werden.)

DIE LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR AUSBAUEN: Beim Erneuerbaren Ausbau Gesetz müssen Planungs- & Kostensicherheit gewahrt sein.

INDUSTRIE ALS WOHLSTANDSGENERATOR STÄRKEN: Dafür müssen alle Teile der Gesellschaft sich darüber im Klaren sein, wie wichtig die Industrie für Wohlstand und Lebensqualität im Land ist.

DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN: Digitalisierung ist eine Chance für weitere Entbürokratisierung. Behördliche Prozesse sollen durch Digitalisierung effizienter gestaltet werden (z.B. 1-Stop-Shop). Zudem soll die geplante Digi-Uni Linz zum internationalen Leuchtturmprojekt werden.

QUALIFIZIERUNG AUSBAUEN: Es braucht rasch Maßnahmen für den Abbau regionaler Ungleichgewichte am Lehrstellen- und Arbeitsmarkt. Konkret empfiehlt die IV den Aufbau von Lehrlings-Hubs in 10 Bezirken.

INNOVATION FORCIEREN: Der „Fonds Zukunft Österreich“ soll rasch als Nachfolger der Nationalstiftung umgesetzt werden.

KAPITALMARKT BELEBEN: Die IV plädiert für eine rasche Wiedereinführung der Behaltfrist für die Kapitalertragsteuer. Zudem werden wichtige Initiativen umgesetzt, um Financial Literacy in der Bevölkerung zu stärken.



Austausch mit Ungarn

Österreich ist nach Deutschland der zweitgrößte Handelspartner Ungarns und der drittgrößte Investor vor Ort. Rund 1.200 heimische Unternehmen sind hier aktiv und schaffen ca. 60.000 Arbeitsplätze. Bei einem Aufenthalt in Budapest traf IV-Präsident Georg Knill unter anderem den ungarischen Außenminister Péter Szijjártó sowie den Minister für Innovation und Technologie László Palkovics. Neben europäischen und bilateralen Themen zwischen Österreich und Ungarn thematisierte Knill Anliegen jener Industriebetriebe, die im östlichen Nachbarland aktiv sind.

Am Rande des Treffens sprachen die iv-positionen mit Palkovics über...

... wirtschaftspolitische Schwerpunkte Ungarns gegen die COVID-Krise

„Zu Beginn des Jahres 2020 hat die Leistung der ungarischen Wirtschaft bei BIP-Wachstum und Beschäftigung auf europäischer Ebene eine Spitzenposition erreicht. Wir können auf eine starke Grundlage im Umgang mit der Corona-Krise aufbauen. Die Hauptaufgabe besteht darin, Unternehmen dabei zu helfen, ihre Arbeitsplätze erhalten zu können. Die Regierung subventioniert unter anderem die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mit 9.000 Mrd. Forint (Anm. rund 25 Mrd. EUR).“

... Schwerpunkte im Bereich Innovation und Technologie

„Der Hightech-Sektor erhält 70 Prozent der Wertschöpfung der ungarischen Industrie. Wir arbeiten daran, dass Ungarn fortschrittliches Potenzial in den Schlüsselbereichen für Forschung, Entwicklung und Innovation in Europa erreichen wird. Zu diesem Zweck fördern wir auch eine engere



László Palkovics ist seit Mai 2018 Minister für Innovation und Technologie.

Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungsinstituten und Unternehmen auf internationaler Ebene mit erheblichen zusätzlichen Ressourcen.“

... Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

„Europa und Ungarn müssen mit anderen Teilen der Welt Schritt halten bei der Anpassung an globale Trends. Wer bei der Bewältigung der größten Herausforderungen eine Vorreiterrolle (von der Ökologisierung der Wirtschaft bis zur Einführung künstlicher Intelligenz oder 5G) spielen kann, kann in den kommenden Jahrzehnten ein nachhaltiges Wachstum erwarten.“

NEUSTART SCHULE-Bildungsarena: Wo samma do im Kindergarten?

Zum zweiten Mal hat der Corona-Lockdown gezeigt, was für die Gesellschaft „systemrelevant“ ist. Dazu gehört auch, dass Kinder die bestmögliche Bildung und Betreuung erhalten – besonders in Kindergärten, jener ersten Bildungseinrichtung, die zentralen Einfluss auf den späteren Bildungserfolg hat. Politik, Praxis und Wissenschaft diskutierten dazu online vor gut 200 Gästen. Der jahrelange Reformstau sei hauptsächlich zersplitterter Kompetenzverteilung und damit verbunden unterschiedlichen Qualitätsstandards geschuldet. Nikolaus Griller (JI) unterstrich das Umsetzungsdilemma: „Gute Bildung ist ein Standortvorteil. Für die Aufwertung und Qualitätssteigerung der frühen Bildungsphase ist politischer Wille zentral.“



V.l.n.r.: Lisa Nimmervoll (DerStandard), Martina Genser-Medlitsch (Hilfswerk Österreich), Nikolaus Griller (Junge Industrie), Andrea Klambauer (Amt der Salzburger Landesregierung), Bernhard Koch (PH Tirol) und Alina Schmidt (BMBWF)

WEBTIPP

Einen Nachbericht finden Sie unter www.neustart-schule.at



Industrie-Talk mit Finanzminister Gernot Blümel

So wichtig die kurzfristigen Corona-Unterstützungsmaßnahmen sind, so notwendig ist es auch, dass Österreich wieder nachhaltiges Wachstum erwirtschaftet und damit Arbeitsplätze sichert sowie aufbaut. Der Weg führt hier über eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung, ein investitionsfreundliches Klima

und einen starken Kapitalmarkt. Auch auf europäischer Ebene müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Mittel stärker in die Zukunftsbereiche Forschung & Innovation fließen. Über diese und weitere Themen diskutierten die IV-Mitglieder mit Finanzminister Gernot Blümel beim Industrie-Talk im Dezember.



DIE INDUSTRIE TRAUERT

Dr. Walter Wolfsberger

ist am 14. September 2020 in seinem 91. Lebensjahr verstorben. Der ehemalige Präsident der Industriellenvereinigung Wien hat sich maßgeblich für die aktive Gestaltung und Weiterentwicklung der heimischen Industriepolitik und des Wirtschaftsstandortes eingesetzt. Sein vielseitiges Wirken umfasste wichtige Zukunftsbereiche, von der Infrastrukturpolitik bis zum Bildungsbereich. Von wesentlicher Bedeutung war zudem sein außerordentliches Engagement für Österreichs Beitritt zur Europäischen Union.

Botschafter Maximilian Turnauer

ist am 7. November 2020 im 90. Lebensjahr verstorben. Als Unternehmerpersönlichkeit und Diplomat hat er maßgeblich dazu beigetragen, das Ansehen seines Heimatlandes in der Welt zu erhöhen. Sein Engagement für die christlichen Werte, seine Tätigkeit im souveränen Malteser-Ritter-Orden beim Fürstentum Liechtenstein sowie im St. Georgs-Orden werden ebenso in Erinnerung bleiben wie seine proeuropäische Gesinnung, für die er Zeit seines Lebens eingetreten ist.

Dr. Peter Pichler

ist am 8. November 2020 in seinem 63. Lebensjahr verstorben. Als Vorstandsmitglied und CEO hat er einen bedeutenden Beitrag zur positiven Weiterentwicklung des Vorzeige-Industriebetriebs Berndorf AG geleistet. Sein Wissen und Know-how sowie seine Erfahrung hat er zudem in die Arbeit der Industriellenvereinigung eingebracht – auf regionaler Ebene im Vorstand und Präsidium der IV-Landesgruppe Niederösterreich sowie auf Bundesebene, etwa im Ausschuss für Steuerpolitik und Kapitalmarktfragen.

Cyber-Kriminalität: Unternehmensrisiko der Zukunft?

“What the Hack?! Cybercrime kann jeden treffen“, lautete der Titel eines Online-Events der Jungen Industrie OÖ. Drei hochrangige Experten berichteten über den Status quo.

Die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Cybercrime nehmen insbesondere durch den rasant fortschreitenden digitalen Wandel von Wertschöpfungsketten, Produktions- und Geschäftsprozessen in Zeiten von Corona zu. Wie die aktuelle Bedrohungslage aussieht und welche Ansätze Unternehmen und die Politik verfolgen können, um das Cyberrisiko zu minimieren, diskutierte die JI-OÖ in Kooperation mit der Oberbank und der Jungen Wirtschaft im Rahmen ihres diesjährigen Online-Mainevents.

Mit Corona seien Homeoffice, Videokonferenzen und E-Learning für viele zur Realität geworden und zahlreiche Unternehmen hätten damit ihre geordneten IT-Verhältnisse verloren, erläuterte FH-Professor Robert Kolmhofer (Leiter des Departments Sichere Informationssysteme FH OÖ). Vor allem die Nutzung von privaten Endgeräten, Internet-Zugängen und E-Mail-Accounts habe die Einfallstore für Internet-Betrüger weit geöffnet und eine dramatische Explosion von Malware-Anwendungen verursacht. Laut Walter Unger (Leiter Abt. Cyber Defence & IKT-Sicherheit im Bundesministerium für Landesverteidigung) sei die Internetkriminalität



gesamtlich betrachtet im Jahr 2019 um beinahe 45 Prozent auf ca. 28.000 angezeigte Delikte angestiegen. Die Aufklärungsquote sei analog dazu in den letzten zehn Jahren auf 35,8 Prozent gesunken. Um Cyberkriminellen die Stirn zu bieten, würden bestens ausgebildete Menschen benötigt, die die Technik verstehen, beherrschen und weiterentwickeln. Die anschließende Live-

Phishing-Demonstration von Roland Pucher (Senior Manager, Cyber Security & Digital Forensics BDO Consulting GmbH) verdeutlichte auf eindrucksvolle Weise, wie leicht es Hackern gelingt, sich über gefälschte Webseiten, E-Mails oder Kurznachrichten als vertrauenswürdiger Kommunikationspartner auszugeben, um an persönliche Daten eines Internet-Benutzers zu gelangen.



Neustart für 2021!

Wie müssen neuerliche Lockdowns unbedingt verhindert werden.

Es gibt einige Länder, die Corona auch ohne völlige Lockdowns bewältigen. Manche internationale Beispiele sind aber leider nicht geeignet, um sie in Österreich zu implementieren. Südkorea etwa kontrolliert die Quarantäne von COVID-19-Positiven via Handyortung. Zudem werden automatisch – auf der Grundlage des Bewegungsprofils des Betroffenen – alle Handyutzer, die innerhalb einer bestimmten Zeit in einem Umkreis von 100 Metern waren, ebenfalls automatisch gewarnt. Diese drastischen Maßnahmen werden akzeptiert. Denn im Gegenzug geht das Leben dort fast normal weiter, inklusive Veranstaltungen. Bei uns würden sämtliche wirklichen und selbstbeauftragten Datenschützer angesichts solcher Vorschläge in kollektive Schnappatmung verfallen – und ironischerweise ihre Empörung eifrig auf Facebook kundtun. Zum Glück sind solche drastischen Maßnahmen aber auch nicht notwendig, um zumindest den vollen Lockdown zu verhindern. Alleine der Blick zum Nachbar Deutschland zeigt, dass man vieles besser machen könnte. Nehmen wir das Beispiel der Corona-App. Die deutsche App wurde laufend weiterentwickelt, wir haben uns da etwas Zeit gelassen. In Deutschland sind alle Labore an die App angebunden, Positiv-Bescheide werden über sie zugestellt, sie ist bereits europaweit interoperabel und so weiter und so fort. Deutschland setzt massiv auf die Digitalisierung, um ein effizientes Contact Tracing zu ermöglichen. In Österreich war das Datenmeldesystem der AGES kurzzeitig überfordert, da es offenbar nur für bis zu 7.000 Salmonellen-Fälle ausgelegt war...

Anders gesagt: Wenn wir 2021 einen neuerlichen Lockdown verhindern und mit einer guten Teststrategie auch wieder ein halbwegs „normaleres“ Leben, inklusive Veranstaltungen und Tourismus, ermöglichen wollen, brauchen wir einen Neustart in vielen Bereichen. Das müsste aber auch dementsprechend klar und transparent kommuniziert werden.

Ein Neustart wäre dabei auch bei der Kommunikation zu überlegen: Mehr Experten, weniger Parteipolitik, volle Transparenz bei Zahlen und den Entscheidungen zugrundeliegenden Berechnungen und Szenarien. Es zeigt sich weltweit, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung dort am höchsten ist, wo klar und transparent kommuniziert wird. Mehr Akzeptanz brauchen wir dringend – ob bei der Verwendung einer (verbesserten) Corona-App wie alsbald bei der Verteilung der Impfung.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



VIRTUELLER JAHRESABSCHLUSS

Aus der Not eine Tugend machte die JI-Steiermark, die traditionell am letzten Freitag im November ihren gemütlichen Jahresausklang feiert. Corona sollte dem Vorhaben keinen Abbruch tun und so wurde der Abend kurzerhand in den virtuellen Raum verlegt und zur Weinverkostung der besonderen Art. Winzer Wolfgang Maitz und Helmut Aichinger vom Weingut Dveri Pax/Stift Admont führten durch ihre Weine, die vorab mit der Post an die rund 50 Gäste verschickt worden waren. In kleinen Plauderrunden tauschten die Teilnehmer Neuigkeiten aus und sammelten Ideen für das JI-Jahr 2021.

IN KÜRZE

IV vergibt Pater Johannes Schasching-Preis

Zum 13. Mal verliehen Industriellenvereinigung und IV-OÖ sowie die Katholische Privat-Universität Linz den Preis für Arbeiten zum Dialog von Wirtschaft, Ethik und Religion: diesmal an Judith Kläiber und Hannah Klepeis für ihre Dissertationen zu Werten bei Führungskräften bzw. zu Wirtschaftsbeziehungen eines tibetischen Klosters, an Anna Herzog

für ihre Masterarbeit zur sozialen Wirkung in Geschäftsberichten sowie an Dominik Harrer für seinen Artikel zur Legitimität zivilen Ungehorsams. Wir gratulieren!

WEBTIPP

Weitere Information unter www.iv.at



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sandra Bijelic, Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock, IV-Burgenland/Adobestock, IV-Kärnten, IV-NÖ/Günter Peroutka, IV-OÖ/ASFINAG, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/Land Steiermark/Purgstaller, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/IV/Studio Fasching/Doppelmayr/GW-Frederick Sams/WKV, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Im Untergrund

Infrastrukturprojekte, wie der geplante Tunnel der Hochleistungsstrecke, warten auf grünes Licht. Über (mögliche) Löcher in Salzburgs Untergrund und welche Brocken bei einem derartigen Projekt den Weg säumen, haben die iv-positionen mit Manfred Bauer, Geschäftsführer der G. Hinteregger & Söhne Baugesellschaft mbH, und Geologe Christian Uhlir gesprochen.



Dipl. Ing. Manfred Bauer

Eingangs die essenziellste Frage: Warum sind Sie heute noch so versessen, Löcher in den Boden zu graben, wie es ein Kleinkind in der Sandkiste auch gerne macht?

Manfred Bauer (MB): Ihre Frage umschreibt den Tunnelbau, den ich seit 40 Jahren mit Herzblut betreibe. Jeder Meter Vortrieb bedeutet in Bereiche zu kommen, die noch nie zuvor ein Mensch betreten hat. Das bringt Spannung, Herausforderung und auch Überraschungen. Es verlangt geistige Flexibilität und Teamarbeit – bedeutet also, wenn man so will, „Abenteuer“.

Christian Uhlir (CU): Bereits als Kind grub ich Löcher in den Sandstrand von Caorle, die je tiefer und nasser, umso instabiler und gefährlicher wurden. Heute beurteile ich als Gerichtssachverständiger die Gründe, warum Baulöcher ihre Stabilität verloren haben.

Einen Strand haben wir in Salzburg heute nicht mehr – wo kann man in Salzburg noch Löcher graben?

CU: Grundsätzlich überall! Der Baugrund ist teuer und damit wird der Untergrund – so schwierig er auch ist – auch im Wohnbau verstärkt genutzt. Eine detaillierte Erfassung des Untergrundes und ein öffentlicher Zugang zu Daten über ein

Informationssystem würde hierbei das Graben erleichtern.

MB: Es gibt in Salzburg geplante Projekte, welche der herausfordernden Verkehrssituation Rechnung tragen sollen. Die örtlichen Gegebenheiten sind jedoch sehr eingeschränkt. Wir müssen uns daher untertägige Lagen überlegen. Dies betrifft nicht nur Verkehrsprojekte, sondern z.B. auch Trinkwasserbehälter, Veranstaltungsräume und Kanalisation.

Tiefbau gilt als Königsdisziplin in der Baubranche. Welche Herausforderung haben Ingenieure zu meistern?

MB: Trotz guter Erkundung und Planung sind im Untergrund immer Überraschungen möglich. Dann muss das Team rasch umsichtig reagieren. Das verlangt hohe technische Kompetenz, Erfahrung aller Projektverantwortlichen, aber auch großes handwerkliches Können der Arbeiter.

Und welche Geräte, Werkzeuge und Techniken werden dabei genutzt?

MB: Beim konventionellen Tunnelbau werden zum abschnittsweisen Lösen des Gebirges Bohrwagen für das Sprengen und/oder Spezialbagger eingesetzt. Der Hohlraum wird dann vorerst mit Spritzbeton, Baustahlgitter und Stahlbögen gestützt. In einem zweiten Schritt wird eine Betoninnenschale eingebaut. Für maschinellen Vortrieb werden hochspezialisierte Tunnelvortriebsmaschinen, die sich durch den Berg bohren, eingesetzt und der Hohlraum laufend mit Betonfertigteilen gesichert.

Wir Österreicher sind im konventionellen Tunnelbau führend: Woher kommt diese internationale Vormachtstellung?

CU: Die „Neue Österreichische Tunnelbaumethode“ ist vom Salzburger Geologen und Bauingenieur Prof. Leopold Müller und Mitarbeitern maßgeblich entwickelt worden. Abseits vergleichbarer Verfahren aus Italien und der Schweiz haben unsere Ingenieure und Baufirmen diese Methode seit den 1960er-Jahren weiterentwickelt und weltweit zum Durchbruch gebracht. Es ist

eine sehr wirtschaftliche und flexible Baumethode und wir haben auch heute noch dafür die besten Ingenieure und hochqualifiziertes Fachpersonal.

Wie schaut die Zukunft des Tunnelbaus aus? Welche Techniken wird man dann verwenden?

MB: Grundsätzlich wird sich an der Technik nicht wirklich mehr Großes ändern, aber die Mechanisierung und insbesondere die Digitalisierung werden sich weiter durchsetzen. Damit wird sich die Tendenz, dass man immer weniger Personal vor Ort einsetzen muss und die Sicherheit steigt, fortsetzen.

CU: Es hat in den letzten Jahrzehnten durch die Mechanisierung eine rasante Zunahme der Vortriebsleistung stattgefunden, ausgehend von wenigen Metern pro Tag werden heute schon mehr als 50 Meter pro Tag erreicht. Ich sehe die Zukunft des Tunnelbaus vor allem im urbanen Umfeld in der Errichtung kleiner Querschnitte für Kanalisation, Wasserleitungen, Stromkabel, unterirdischer Wärmespeicher etc.

Welches Salzburger Loch hat Sie am längsten beschäftigt? Welches hat Sie am meisten fasziniert? Was haben Sie darin gefunden?

MB: Am längsten war ich persönlich bei den untertägigen Kraftwerksanlagen im Bereich Kaprun und Hintermuhr beschäftigt. Mit am spannendsten empfand ich Löcher im Bereich des seinerzeitigen Kleinen Festspielhauses, weil wir dort in keltischem und römischem Siedlungsgebiet unterwegs waren. Gefunden haben wir stets Zufriedenheit über das Gelingen.

CU: Mit meinen Studenten habe ich eine Vielzahl von Löchern alter Bergwerke, Schutzbauten aus dem Zweiten Weltkrieg und moderner Abbaue aufgenommen. Gefunden haben wir immer, dass die im Untergrund erkennbaren geologischen Strukturen wesentlich komplexer sind, als wenn sie nur von der Oberfläche betrachtet würden.

Wenn Sie es sich aussuchen könnten, wo(hin) wollten Sie bohren?

MB: Eine quer durch die Stadt Salzburg verlaufende großzügige, weitsichtige Lösung



Dr. Christian Uhlir

für die Lokalbahn in Verbindung mit einer konsequenten Reduzierung des Individualverkehrs im Stadtgebiet zur Steigerung der Lebensqualität der Bürger.

CU: Und ich würde außerdem gerne den Kapuzinerberg für den Bustourismus mit entsprechenden Versorgungsanlagen aushöhlen – das haben auch die Italiener vielerorts geschafft.

ZU DEN PERSONEN

Seit 2007 ist Dipl. Ing. Manfred Bauer Geschäftsführer der G. Hinteregger & Söhne Baugesellschaft m.b.H. Bereits kurz nach seinem Studium für Bergwesen an der Montanuniversität Leoben übernahm er in jenem Unternehmen die Bauleitung für die Herstellung eines Triebwasserstollens, bevor er bei der Erstellung mehrerer Tunnel entlang der Schnellfahrstrecke Mannheim–Stuttgart seine Spezialisierung auf Eisenbahn- bzw. Autobahntunnel fand.

Als Geologe war der nunmehrige Gerichtssachverständige Dr. Christian Uhlir bei Wasserkraftwerksprojekten und im Himalaja Nepals beim Straßenbau eingebunden. Mit Archäologen und IT-Spezialisten baute er die Forschungsgruppe für Cultural Heritage Computing (CHC) auf.



COVID-19-Impfstoff: Antworten auf Basis von Daten

Ein Spitzenforscher sieht Licht am Ende des Tunnels: Die Videokonferenz der IV-Westachse mit Professor Christoph H. Huber, Mitbegründer von BioNTech SE, war von besonderem Interesse.

Professor Christoph H. Huber ist Mitbegründer, Aufsichtsrat und Ratgeber von BioNTech, dem Unternehmen, das gemeinsam mit dem Pharmariesen Pfizer weltweit als erstes die Zulassung eines Impfstoffes gegen COVID-19 beantragt hat. Er zeigte sich in einer Videokonferenz mit Industrievertretern aus Salzburg, Tirol und Vorarlberg davon überzeugt, dass gegen COVID-19 erfolgreich geimpft werden kann, und rechnet für die von BioNTech entwickelte mRNA-Impfung – aufgrund der erfolgreichen Tests – sehr bald mit den ersten Zulassungen. Huber: „Alle die sagen, gegen COVID kann man nicht impfen, haben es nicht versucht.“

Vorteile von mRNA-Impfstoffen

Erstmals in der Geschichte der Medizin werden durch die neue Art der RNA-Imp-

fung Patienten in die Lage versetzt, ihre eigenen Impfstoffe zu produzieren. Huber: „Die Angst, dass RNA genetische Veränderungen hervorrufen kann, ist unberechtigt, da sie sich nicht in die Erbmasse integrieren kann.“ Ein weiterer Vorteil von RNA-Impfungen besteht darin, dass sie keine Impfstoffverstärker (Adjuvantien) benötigen. mRNA-basierte Medikamente werden, nach Aussage von Huber, Eiweiß-basierte Pharmaka wie Impfstoffe, Antikörper, Wachstumsfaktoren und viele andere Wirkstoffe zunehmend verdrängen.

Enorme Umsetzungsgeschwindigkeit

Die neue Dimension der Entwicklung von Impfstoffen ist beeindruckend: Innerhalb von nur neun Monaten ist der Nachweis von Wirksamkeit und Nebenwirkungsarmut gelungen. Wie das für ein relativ kleines

Unternehmen möglich war, erklärt Huber so: „Nur die kleinen und mittleren Unternehmen können Innovation schnell umsetzen.“ Allein in der Phase 3 hatte die Studie 43.538 Teilnehmer. Huber zum derzeitigen Stand der Entwicklung: „Jetzt geht es darum, die Welt zu schützen, und dabei geht es um Wirksamkeit und Sicherheit.“ Der globale Wettbewerb und unterschiedliche Impf-Ansätze bei der Entwicklung von COVID-19-Vakzinen (Impfstoffe) liefern auf Hochdruck. Trotz massiver Konkurrenz sei COVID-19 ein herausragendes Beispiel der internationalen Zusammenarbeit. Laut Huber teilen die kommerziellen Impfstoffhersteller der westlichen Welt ihre Erkenntnisse und haben gemeinsam deklariert, dass Patientensicherheit und Beachtung der behördlichen Richtlinien die höchsten Ziele darstellen.

Den Betrieb am Laufen halten!

Ein erstaunliches Jahr liegt bald hinter uns. Die Pandemie hat uns weiter im Griff. Wir werden lernen müssen, damit zu leben. Mit dem Herbst sind die Infektionszahlen wieder gestiegen und die vieldiskutierte Corona-Ampel wurde in allen Salzburger Regionen auf Rot geschaltet. Als letzte Maßnahme hat die Bundesregierung einen zweiten Lockdown verhängt. Klar ist: Die Salzburger Industrie bekennt sich zum Schutz unserer Gesundheit als oberste Priorität und unterstützt die nun wieder notwendig gewordenen, verschärften Maßnahmen. Zusätzlich zu allen medizinischen Anstrengungen dürfen wir jedoch nicht vergessen, den wirtschaftlichen Schaden für unser Land möglichst gering zu halten, indem wir alles unternehmen, um Arbeitsplätze zu sichern und die produzierende Industrie am Laufen zu halten. Unsere Berechnungen des COVID-19-Absolutschadens über alle Branchen und Sektoren bis 6. Dezember belaufen sich auf dreieinhalb Milliarden Euro. Während österreichweit das BIP-Minus 8,1 Prozent beträgt, schrumpfte das Real-BIP in Salzburg um 12,27 Prozent.

Überraschende Verordnungen, die ohne Einbindung der Wirtschaftsvertreter und Unternehmer erfolgen, führen – wie die Quarantäne in Kuchl gezeigt hat – zu mehr Verunsicherung, mehr Schaden und letztlich einer Destabilisierung des Wirtschaftsstandortes. Das kann bestimmt nicht das Ziel sein. Wir Unternehmer achten penibel auf Hygienevorschriften und Sicherheitsstandards, da ist es unverständlich, Betriebs- und Produktionsstätten stillzulegen. Das bestätigt auch die Statistik: Das Arbeitsleben ist nur selten Ort der Ansteckung.

Wir müssen grenzüberschreitende Lieferketten ermöglichen und Umsatzausfälle sowie hohe Pönalzahlungen bei Lieferverzug verhindern. Mitarbeiter dürfen nicht von den Produktionsstandorten ausgesperrt werden, denn nur mit aufrechter Produktion und funktionierendem Warenverkehr können wir die Arbeitsplätze in unserem Land sichern. Die Regierung muss nun weiter wirtschaftspolitisch massiv gegensteuern und effizient und unbürokratisch unterstützen. Schnellere Testergebnisse, kürzere Quarantänezeiten, wo möglich, und eine klare Krisenkommunikation sind notwendig. Gemeinsam steht uns noch viel bevor. Halten wir den Betrieb am Laufen!

Peter Unterkofler,
Präsident der IV-Salzburg

Frohe Weihnachten
und ein erfolgreiches
Neues Jahr!

iv INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
SALZBURG

salzburg.iv.at

Klartext zum Naturschutz

Das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofs (VwGH) zur 380-kV-Salzburgleitung enthält für den Naturschutz zahlreiche Aussagen, die auch in künftigen Verfahren sowie in der Verwaltungspraxis Beachtung finden werden. Mit den iv-positionen sprach Rechtsanwalt Christian Onz über seine Hoffnung auf zukünftig raschere Verfahren.

Von allen neun Bundesländern hat Salzburg den Naturschutz am komplexesten und kompliziertesten geregelt. Wie können Verfahren ohne inhaltliche Schwächung des Naturschutzes beschleunigt werden?

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass das Erkenntnis des VwGH natürlich nichts an der Textierung des Salzburger Naturschutzgesetzes geändert hat! Aber es wurde festgestellt, dass bestimmte Vorgangsweisen in den naturschutzrechtlichen Verfahren rechtlich so nicht gedeckt sind. Ich kann dem Erkenntnis einige Äußerungen, die in die Gegenrichtung zeigen, entnehmen. Und das lässt mich an eine Entlastung der Naturschutzverfahren glauben.

Umfasst das auch die Vorlage von Kartierungen? Hier gibt es ja in nahezu jedem größeren UVP-Verfahren den Vorwurf, die Daten des Projektwerbers seien nicht mehr aktuell.

Tatsächlich stellt hier der VwGH klar, dass dem Antrag auf Erteilung einer UVP-Genehmigung eine Umweltverträglichkeitserklärung beizulegen ist, welche den Ist-Zustand im Zeitpunkt der Einreichung abzubilden hat. Zur Aktualität der Daten im Laufe des Verfahrens jedoch gibt es keine strikte Jahresgrenze. Denn entscheidend ist allein, dass bzw. ob der hinzugezogene Sachverständige die ursprünglich vorgelegten Da-

ten weiterhin als aktuell ansieht. Wenn sich in der Natur nichts geändert hat, benötigt es nicht zwangsläufig ein Update.

Apropos Sachverständiger: In der Praxis kommt es immer wieder vor, dass ein Sachverständiger erkrankt und daher bei einer mündlichen Verhandlung nicht anwesend ist. Rechtfertigt das die Beantragung einer Vertagung?

Nein. Denn im Falle der Erkrankung ist die Bestellung eines fachverwandten Sachverständigen – so nun der VwGH – zulässig. Dieser weitere Sachverständige hat dann das Gutachten, das der Erkrankte verfasst hat, zu erörtern. Dasselbe gilt übrigens auch, wenn ein Sachverständiger zunächst den Befund aufnimmt, aber ein Kollege darauf aufbauend dann das Gutachten verfasst. Und auch dem Gutachter-Wechselspiel, also dem Hin und Her-Replizieren auf Expertisen von Privatgutachtern und dem Gutachter der Behörde, tritt der VwGH entgegen. Sollte nichts Neues mehr vorgebracht werden, obliegt es der Behörde bzw. dem Verwaltungsgericht hier ein Ende zu setzen.

Vorgebracht werden kann allerdings, dass ein Vorhaben gegen Artenschutzverbote verstößt. Das führt aber dann doch dazu, dass jedes Vorhaben in einem solchen Gebiet nicht genehmigungsfähig wäre, oder?

Beim Artenschutz schließt sich der Gerichts-

hof erstmals der sog. Signifikanzjudikatur des deutschen Bundesverwaltungsgerichts an. Sprich, es ist festzustellen, ob durch die geplante Maßnahme oder Anlage das in der Kulturlandschaft ganz allgemein bestehende Mortalitätsrisiko erhöht wird oder nicht. Wenn nicht, können nun auch beim Vogelschutz Ausnahmen zu Gunsten zwingender Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses zugelassen werden. Dies ist vor allem für die Infrastruktur wichtig. Faktische Vogelschutzgebiete sind nach dem Erkenntnis angesichts der bereits zahlreichen Schutzgebiete als absolute Ausnahme anzusehen.

Wie sieht es mit der Forderung aus, dass für Ersatzleistungsprojekte bereits mit dem Bescheid die betroffenen Grundeigentümer zugestimmt haben müssen?

Ja, diese Zustimmungen müssen im Anordnungszeitpunkt tatsächlich vorliegen – hier geht es um die faktische Realisierbarkeit dieser Ersatzleistungen. Allerdings – und dies steht so auch im Salzburger Naturschutzgesetz – müssen die dafür notwendigen Bewilligungen nicht schon zwingend vorliegen. Außerdem ergänzt der VwGH hierbei, dass diese Leistungen, wenn in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Eingriffsort nicht möglich, auch weiter entfernt realisiert werden können, sind sie doch in diesem Fall nur „möglichst“ in dessen Nähe vorzusehen.



ZUR PERSON

Dr. Christian Onz

ist Rechtsanwalt und auf öffentliches Wirtschaftsrecht und Umweltrecht spezialisiert. Als ausgewiesener Kenner des Salzburger Naturschutzgesetzes – mit all seinen Verboten, dem Anlagenrecht, dem Gebietsschutz, weiters der Natura-2000-Thematik, dem Artenschutz und dem Recht auf Entschädigungen – war er Rechtsvertreter der Austrian Power Grid AG in sämtlichen Verfahren zur Genehmigung der 380-kV-Salzburgleitung.

TERMINE

19. Jänner 2021

INFRASTRUKTURAUSSCHUSS
mit Bürgermeister Harald Preuner

03. Februar 2021

MITGLIEDERVERSAMMLUNG
BILDUNG

Salzburg Congress bzw. virtuell

04. und 05. März 2021

NATIONALES
RESSOURCENFORUM

Online-Elternabend zum Berufseinstieg

Ausbildner aus heimischen Betrieben informierten Ende November via Internet aus erster Hand über Karrierechancen, berufliche Anforderungen, Schnuppertage und vieles mehr.

Auf Initiative der Plattform „Die Salzburger Industrie“ der Industriellenvereinigung Salzburg und der WKS-Sparte Industrie trafen sich Eltern und Auszubildner aus heimischen Leitbetrieben bei

jeweils einem virtuellen Elternabend im Rahmen der Berufs-Info-Messe, die heuer nur online stattfand. Die Auszubildner der Unternehmen Bosch, Palfinger, Siemens, Porsche, ÖBB, MACO, Digital Elektronik und Iveco erzählten aus der Praxis und schilderten,

welche Fähigkeiten und Talente ganz besonders gesucht werden und was beim Bewerbungsprozess besonders wichtig ist.

„Gerade in diesen herausfordernden Zeiten sollten wir Unternehmer Augenmerk auf die Ausbildung unserer zukünftigen Fachkräfte legen“, bedankt sich der Präsident der Industriellenvereinigung Salzburg, Peter Unterkofler, bei den engagierten Betrieben. Berufliche Perspektiven in der Industrie müssten gebetsmühlenartig aufgezeigt werden. Auch wenn die momentan geringen Bewerberzahlen für die dankenswertere Weise von der Industrie zahlreich angebotenen Lehrstellen eine Corona-Lethargie vermuten lassen würden.

WEBTIPP

Probleme in Mathematik? Wir haben für Sie recherchiert. Falls Ihre Lehrlinge Aufholbedarf in Mathe haben, so können Sie sich auf unserer neuen Homepage über Online-Mathe-Angebote informieren: www.lehre-startklar.at

